
28. Oktober 2010 - 11:54 Uhr · [nachrichten.at/apa](http://www.nachrichten.at/apa) · Außenpolitik

Außenpolitik

Atomkraftwerk kann nicht sicherer gemacht werden

WIEN. Das bayrische Atomkraftwerk Isar 1, das nur 70 Kilometer Luftlinie von Braunau entfernt steht, kann durch technische Nachrüstung nicht sicherer gemacht werden. Die österreichische Bundesregierung forderte dies als Alternative zur Stilllegung.

Das Nachrichtenmagazin "profil" beruft sich in einer Aussendung auf ein neues Gutachten von Atomexperten im Auftrag der Landesregierungen von Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg und der Umweltschutzkommission Wien, das dem Nachrichtenmagazin exklusiv vorliegt.

Die Baureihe der Siedewasserreaktoren 69, zu dem auch der nie ans Netz gegangene österreichische Reaktor in Zwentendorf gehört, weist eine Reihe von Schwachstellen auf. „Die schwerwiegenden Konstruktionsmängel können durch keinerlei Nachrüstungsmaßnahmen ausgeglichen werden“, heißt es „profil“ zufolge in den Schlussfolgerungen der Studie. „Die Druckbehälter dieser Bauserie entsprechen in keiner Weise den Basissicherheitskriterien, wie sie für spätere Reaktorgenerationen durchgesetzt wurden. Eine Lebensdauererweiterung für diesen Reaktortyp beinhaltet ein nicht akzeptables Risiko.“

2011 hätte AKW stillgelegt werden sollen

Auch der im Vorjahr abgelöste Chef der deutschen Atomaufsicht, Wolfgang Renneberg, kritisiert die von der deutschen Bundesregierung geplante AKW-Laufzeitverlängerung: „Das ist wie eine Neugenehmigung ohne Prüfung der Anlage.“ Das AKW Isar 1 hätte nach den Atomausstiegsplänen der rot-grünen Regierung in Berlin im kommenden Jahr stillgelegt werden sollen.

In einer Reaktion auf diesen Bericht forderte SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr die Stilllegung von Isar 1. „Bayern muss klar darlegen, durch welche Maßnahmen die nötigen Sicherheitsstandards gewährleistet werden können. Entsteht ein Sicherheitsrisiko für die österreichische Bevölkerung, darf es keine Laufzeitverlängerung für den Reaktor geben“, so Bayr in einer Aussendung. Auch bezüglich der Weitergabe von Informationen, die den Reaktor betreffen, übte Bayr Kritik an den Bayern: „Die Weitergabepolitik im Informationsbereich war bisher sehr dürftig.“ Durch die in Kürze zu beschließende deutsche Atomgesetznovelle werde Österreich die Möglichkeit bekommen, zusätzliche Informationen über Sicherheitsmaßnahmen bei Atomkraftwerken einzufordern. „Österreich muss Zugang zu allen Informationen bekommen, die für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher von Bedeutung sind.“

Quelle: OÖNachrichten Zeitung

Artikel: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,494647>

© OÖNachrichten / Wimmer Medien 2010 · Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung